

Chancen Risiken Strategien

Tagungsband

Europäische Strukturfonds
Sachsen-Anhalt 2000 - 2006

EU-Osterweiterung
Herausforderung für Sachsen-Anhalt
Chancen - Risiken - Strategien
27. November 2001 in Halle (Saale)

www.europa.sachsen-anhalt.de



EU-OSTERWEITERUNG – HERAUSFORDERUNG FÜR SACHSEN-ANHALT

Chancen – Risiken – Strategien

Vorbemerkungen

Die neuen Bundesländer haben im Rahmen des Transformationsprozesses ihre wirtschaftlichen Aktivitäten sowohl nach West als auch nach Ost neu gestaltet. Sie sind eng in den Europäischen Binnenmarkt eingebunden. Gleichwohl haben sie nicht zuletzt aufgrund ihrer geografischen Lage enge Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufrecht erhalten. Dies gilt auch für Sachsen-Anhalt. Mit der Osterweiterung wird nunmehr ein neuer Entwicklungsimpuls gegeben. Es besteht die Chance, Wettbewerbsvorteile auszubauen und traditionelle Verbindungen weiter zu vertiefen. Im Handeln der Wirtschaftsakteure, in vielen Bereichen, ist die Erweiterung bereits Realität. Die Europäische Union gestaltet mit ihren Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt und durch die Verhandlungen mit den neuen Mitgliedern diese Entwicklung wesentlich mit.

Ziel der Konferenz war es deshalb, die Entwicklungschancen und Anpassungsnotwendigkeiten mit den Teilnehmern der Konferenz, den Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu diskutieren. Damit ist das Land Sachsen-Anhalt einen weiteren Schritt im Prozess der Strategiebildung zur Osterweiterung ab 2004 gegangen. Es entwickelt für die regionale Strukturpolitik neue Impulse und Handlungsansätze.

Zur Vertiefung der Diskussion und zum qualitativen Erfahrungsaustausch wurden drei Workshops mit den verschiedenen Zielgruppen im Land durchgeführt. Der Workshop I „Handlungsansätze für die Land- und Ernährungswirtschaft im erweiterten Binnenmarkt“ richtete sich an die Akteure aus dem Bereich der Landwirtschaft und beschäftigte sich mit den Entwicklungen auf den Agrarmärkten. Der Workshop II „Kommunale und regionale Zusammenarbeit zur Vorbereitung auf die Osterweiterung“ sprach die Kommunen und ihre Partner auf kommunaler Ebene an. Der Workshop III „Handlungsansätze zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sachsen-anhaltinischer Unternehmen im Prozess der Osterweiterung“ war der Wirtschaft, den Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gewidmet und beschäftigte sich mit möglichen Strategien im Unternehmensbereich sowie dem Erfahrungsaustausch im tatsächlichen wirtschaftlichen Kontakt mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL). Ziel der Workshops war es, anhand konkreter Praxisbeispiele Ansatzpunkte für zukünftige wirtschaftspolitische Schwerpunkte zu entwickeln.



Climate Change Risk and Strategic

INHALTSVERZEICHNIS

PLENUM	Grußwort zur Konferenz	Katrin Budde	4
	Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte der EU-Osterweiterung	Dr. Herbert Brücker	8
	Die Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit, Produktions- und Kooperationsstrukturen in den neuen Ländern vor dem Hintergrund der Osterweiterung des Binnenmarktes	Dr. Joachim Ragnitz Prof. Dr. Klaus Froberg	11 13

WORKSHOP I: Handlungsansätze für die Land- und Ernährungswirtschaft im erweiterten Binnenmarkt

Thesepapiere zum Workshop	15
Zusammenfassung des Workshops	19

WORKSHOP II: Kommunale und regionale Zusammenarbeit zur Vorbereitung auf die Osterweiterung

Thesepapier zum Workshop	21
Zusammenfassung des Workshops	22

WORKSHOP III: Handlungsansätze zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sachsen-anhaltinischer Unternehmen im Prozess der Osterweiterung

Thesepapier zum Workshop	23
Zusammenfassung des Workshops	24

PODIUM

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Ostdeutschland aus Sicht der Europäischen Kommission	EU-Kommissar Günter Verheugen	26
Ostdeutsche Transformationserfahrungen als Standortvorteil im Erweiterungsprozess	Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner	32
Podiumsdiskussion		35

IMPRESSIONEN

38

GRUSSWORT ZUR KONFERENZ

Katrin Budde, Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt



Sehr geehrter Herr Verheugen, sehr geehrter Herr Dr. Höppner, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sachsen-Anhalt liegt im Herzen Europas und ist schon deshalb ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Völkergemeinschaft. Dazu bekennen wir uns in unserer Landesverfassung. Als neues Bundesland machen wir auch immer wieder deutlich: Europa endet nicht an Oder und Neiße. Schließlich haben die Menschen in Ostdeutschland und die Völker Mittel- und Osteuropas bis zur Wende unter vergleichbaren Verhältnissen gelebt. Wir wollen die Kontakte weiterentwickeln und eine Brücke schlagen, die diesen Ländern den Weg in ein gemeinsames Europäisches Haus ebnet.

Die Landesregierung hat zur heutigen Konferenz eingeladen, um im Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die sich mit der Osterweiterung der EU bietenden Entwicklungschancen und Anpassungsschritte für Sachsen-Anhalt zu erörtern. Als Ministerin für Wirtschaft und Technologie habe ich natürlich ein besonderes Interesse, mit Ihnen die Folgen dieser Entwicklung für Wirtschaft und Beschäftigung zu erörtern.

Meine Damen und Herren, die Osterweiterung der Europäischen Union ist beschlossen. Selbst die Auswahl der Länder ist weitgehend entschieden. Schon heute haben – vorbehaltlich der Ratifizierung schon unterzeichneter Assoziierungsabkommen – zehn Länder einen Beitrittsanspruch. Was noch in Frage steht, ist in erster Linie der Zeitpunkt.

Unstrittig sind die wirtschaftlichen Auswirkungen. Mit der EU-Erweiterung wird der größte einheitliche Markt für Handel und Investitionen in der Welt geschaffen. Mit etwa 500 Millionen Verbrauchern wird der Markt der erweiterten EU größer als der der USA und Japans zusammen sein. Dieser gewaltige Markt wird Handel und Wohlstand ankurbeln und damit eine Chance sein, die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen. Um hier voranzukommen, brauchen wir aber nicht erst auf die sich durch die Erweiterung bietenden Chancen zu warten. Schon jetzt profitiert unsere Wirtschaft von den zwischen der EU und den Beitrittskandidaten abgeschlossenen Abkommen. Für die meisten Industrieprodukte sind die Zollschränken bereits abgeschafft und auch der Agrarmarkt ist geöffnet.

Aber die EU ist nicht nur ein einheitlicher Binnenmarkt: Sie ist eine Kraft der Stabilität und Demokratie in Europa. Die Vorteile einer engen Bindung an die EU werden mit einem Blick auf die gedeihenden Demokratien in Mitteleuropa deutlich. Ein demokratisches Staatswesen, Schutz für Minderheiten und Achtung der Menschenrechte sind Bedingungen für einen Beitritt zur EU. Schließlich wird uns die Erweiterung auch helfen, gemeinsame europäische Probleme wie grenzüberschreitende Kriminalität, Umweltverschmutzung und Terrorismus effektiver anzugehen. Das sind – in der heutigen globalisierten Welt – Probleme, die ein Land allein nicht mehr in den Griff bekommt. Lassen Sie mich an Hand von vier Thesen die Chancen erläutern, die im europäischen Einigungsprozess liegen.

These 1: Die Osterweiterung der Europäischen Union ist Fortführung und Vollendung der mit der 1989/90 eingeleiteten Transformationsprozesse. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist – allen Unkenrufen und Bedenkensträgern zum Trotz – nicht nur historisch notwendig, sondern sie wird in ihrer Gesamtheit auch uns allen nützen. Hier ist jegliche statistische Betrachtungsweise über Kosten und Nutzen unangebracht. Europa – Ost wie West – kann nur verlieren, wenn diese Osterweiterung nicht zu Stande kommt. Die Gefahr ethnischer, religiöser und sozialer Spannungen kann nicht allein durch eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik gebannt werden – so nötig und wünschenswert das auch ist. Hierfür ist eine klare historische Perspektive für alle Staaten erforderlich, die die Osterweiterung mit einschließt. Der Erweiterungsprozess bündelt ein enormes Hoffnungspotenzial in Osteuropa – so wie der deutsche Einigungsprozess für Ostdeutschland. Zu dieser enormen Erwartungshaltung hat Deutschland sehr viel beigetragen. Nunmehr kommt es darauf an, diesen Prozess mit Realität und Realismus zu erfüllen. „Europa aus der Welt der Träume in die Realität zu führen“, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal formulierte.

These 2: Um Risiken der Osterweiterung vorzubeugen, müssen echte Partnerschaften aufgebaut werden, Partnerschaften, die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit vertiefen und dabei an historisch gewachsene Beziehungen anknüpfen. Sachsen-Anhalt muss vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung ein neues Selbstverständnis entwickeln und seine spezifischen Vorteile in die erweiterte Union einbringen. Wir brauchen deshalb einen Perspektivenwechsel vom „Beitrittsgebiet“ hin zu einer „europäischen Verbindungsregion“. Die Erfahrungen, die wir im Rahmen der deutschen Einigung gesammelt haben, können auch bei der europäischen Einigung von Nutzen sein. Ostdeutsche Erfahrung zeigt uns vor allem: Eines der kompliziertesten Probleme der Osterweiterung ist die Arbeitslosigkeit. Unsere Erfahrungen sind, dass im Transformationsprozess neben die zyklisch und strukturell bedingte Arbeitslosigkeit noch ein zusätzlicher Beschäftigungsabbau durch eine Anpassung der Industriestrukturen und den Modernisierungsprozess in der Landwirtschaft tritt.

Ganz sicher gibt es neben manchen Parallelen auch Unterschiede, und der Prozess der Integration osteuropäischer Staaten in die EU ist weitaus komplexer. Doch die Ergebnisse der deutschen Einigung sollten uns trotz der Probleme, die noch zu überwinden sind, auch Mut machen auf dem Weg zur europäischen Einigung. Wir haben in den vergangenen elf Jahren wertvolle Erfahrungen gesammelt, die wir nutzbar machen können. Wir verfügen zudem über erhebliche Vorteile bei Produktivität, Innovation und Infrastruktur. Die Osterweiterung wird uns einen neuen Entwicklungsimpuls geben. Für die Unternehmen besteht die Chance, Wettbewerbsvorteile auszubauen und traditionelle Verbindungen weiter zu vertiefen.

Sachsen-Anhalt stellt schon jetzt seine Erfahrungen den Beitrittskandidaten im Rahmen einer verstärkten interregionalen Kooperation zur Verfügung:

- durch Entsendungen von Experten der Landesverwaltung,
- durch regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes InterPRISe,
- durch Mitarbeit in den Vereinigungen der europäischen Industrie- und Technologieregionen RETI und
- durch Aufbau eines europäischen Netzwerkes von Chemieregionen.
- Darüber hinaus hat die Landesregierung stabile bilaterale Beziehungen entwickelt, so zu Litauen, Estland, Bulgarien, Tschechien und Polen.

These 3: Die Lage in Ostdeutschland wird auch in den kommenden Jahren noch kompliziert bleiben. Die Fortsetzung der Strukturfondsförderung ist daher eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die mit der Osterweiterung einhergehenden Herausforderungen wirtschaftlich und sozial verträglich gemeistert werden können.

Ich bin verantwortlich für den Einsatz der europäischen Strukturfondsmilliarden in Sachsen-Anhalt. 3,4 Milliarden Euro werden bis 2006 Investitionen und Projekte von immerhin neun Milliarden Euro im Land Sachsen-Anhalt bewegen. Welche Rolle können diese Mittel im Rahmen der Osterweiterung spielen? Das heißt: Sind die Schwerpunkte im Operationellen Programm richtig, also genau dort, wo die größten Chancen liegen? Auch diese Fragen gilt es heute zu diskutieren.

Die zentrale Frage ist dabei, wie die Kohäsion erstens der jetzigen EU-Mitglieder und zweitens die der Beitrittsländer optimal gefördert werden kann. Besonders die neuen Bundesländer sind an der Beantwortung dieser Frage interessiert. Als Ziel-1-Fördergebiete erhalten sie im Förderzeitraum 2000 bis 2006 immerhin 20 Milliarden Euro. Mit der Erweiterung wird die 75-Prozent-Schwelle des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung – der heutige Maßstab für die Höchstförderung – in den neuen Bundesländern fast flächendeckend überschritten. Ob und in welcher Weise Ostdeutschland auch weiterhin in die oberste Förderkategorie der Strukturpolitik eingestuft werden kann, hängt dabei von zahlreichen Variablen ab.

Der Streit um die künftige Finanzausstattung darf jedoch nicht ins Gefeilsche ausarten. Ich denke, mit der vor einem Monat in Magdeburg stattgefundenen Konferenz „Zehn Jahre Strukturfonds“ ist es uns gelungen, das auch deutlich zu machen.

These 4: Angesichts des gewaltigen Umstrukturierungsbedarfs in den künftigen Mitgliedsländern sind geeignete Übergangsregelungen, die auf die Entwicklung in den einzelnen Staaten bezogen sein müssen, unabdingbar. Das Hauptrisiko liegt aber nicht im Zuwanderungsdruck oder in unkalkulierbaren Kosten. Die wichtigste Gefahr ist eine wirtschaftliche und soziale Destabilisierung der neuen Mitgliedstaaten.

Die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa löst auch Ängste aus, besonders in den neuen Bundesländern. Selbstverständlich muss die Politik die in der Bevölkerung anzutreffenden Sorgen und Ängste ernst nehmen und möglichen Risiken entgegenwirken. Als unverzichtbares Fundament für die Osterweiterung brauchen wir dazu die Akzeptanz bei den Menschen.

Was wir aber vor allem brauchen, ist mehr Transparenz für den Beitrittsprozess. Nicht jede kritische Stimme ist dabei als Ablehnung gegenüber der Europa-Idee zu verstehen. Die Menschen machen sich eben Gedanken über ihre eigene Zukunft. Oft sind es auch existenzielle Sorgen. Wenn wir klar verständlich machen, dass die EU Lösungswege aufzeigt, wird auch die Europa-Akzeptanz steigen.

Alle Ängste müssen wir sehr ernst nehmen, gleichzeitig jedoch auch die Chancen verdeutlichen: Durch die Osterweiterung erhalten viele Regionen erst ein ökonomisches Hinterland, was nicht unbedingt geografisch gemeint ist, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt des gegenseitigen Handels.

Was die Befürchtungen hinsichtlich der Zuwanderung von Arbeitskräften betrifft, so mahne ich zur Besonnenheit. Die Zuwanderung wird bisweilen nur als eine Bedrohung für die Arbeitsmärkte in den heutigen EU-Mitgliedsstaaten dargestellt. Dabei wäre ein massenhafter Exodus von qualifiziertem Fachpersonal zunächst ein Problem für den Aufbau in den Beitrittsstaaten selbst. Es wird deshalb nicht von Anfang an eine volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte geben können.

Dazu gehört auch, die wirtschaftliche Entwicklung in den Beitrittsstaaten so zu konsolidieren, dass deren Fachkräfte dort selbst Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Die neuen Mitgliedsstaaten müssen deshalb von Anfang an in die europäische Solidarität einbezogen werden. Es wird sich nicht um Almosen handeln, sondern um eine für das Funktionieren des Binnenmarktes unabdingbare Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, wie aktuell und notwendig es ist, sich intensiv mit der bevorstehenden Erweiterung der EU, ihren Chancen und Risiken und der zur Meisterung dieser Herausforderung für Sachsen-Anhalt erforderlichen Strategie zu befassen.

Ich möchte mit Ihnen deshalb die verschiedenen makroökonomischen und unternehmensbezogenen Aspekte der Osterweiterung diskutieren. Vertreter renommierter Forschungseinrichtungen werden Aspekte der Osterweiterung in ihren Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt darstellen. Im Workshopteil der Veranstaltung lade ich alle Teilnehmer ein, sich in diese strategische Diskussion mit einzubringen.

Im abschließenden Podium mit EU-Kommissar Verheugen und Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner bietet sich heute Nachmittag die Gelegenheit, die Ergebnisse der Workshops mit verantwortlichen Politikern – sowohl auf EU- als auch auf Landesebene – zu erörtern.

Diese Konferenz ist jedoch erst der Anfang. Wir wollen diesen Dialog zur Osterweiterung und zu den EU-Strukturfonds weiterführen.



*Im Präsidium:
Moderatorin Ilona Wuschig (r) neben
Ministerin Katrin Budde und
Dr. Joachim Ragnitz*

PLENUM

ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE DER EU-OSTERWEITERUNG – WERDEN UNSERE LÖHNE KÜNFTIG IN WARSCHAU FESTGESETZT?

Dr. Herbert Brücker, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

In den folgenden Ausführungen möchte ich verschiedene Fragen näher beleuchten, die insbesondere auch in der Öffentlichkeit bei den oft emotional geführten Diskussionen um die Erweiterung eine große Rolle spielen und die Ängste und Hoffnungen der Menschen widerspiegeln.



- Wie unterschiedlich sind Einkommen und Faktorausstattungen in einer erweiterten EU?
- Bewirkt die handelspolitische Integration der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit?
- Wandern Kapital und Produktion in den Osten?
- Bewirkt die Freizügigkeit Massenmigration, sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit im Westen?

Ich habe daher neun Thesen zu den Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekten der EU-Osterweiterung formuliert, die bei der Beantwortung dieser Fragen hilfreich sind.

1. Die Europäische Union verändert durch die Osterweiterung ihren Charakter: Sie ist nicht mehr ein homogener Club reicher Länder.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL-10) liegt bei rund 35 % - 40 % der Kaufkraftparität (KKP) der EU-15. Das BIP pro Kopf, die Löhne und der Kapitalstock zu laufenden Wechselkursen in den MOEL-10 belaufen sich auf ca. 10 % - 15 % der EU. Das Lohngefälle zwischen der EU-15 und den MOEL-10 ist sehr groß. Wenn man die einzelnen Regionen der EU-15 betrachtet, zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild. Insbesondere zwischen Ostdeutschland und stärker noch bei den ostdeutschen Grenzregionen ist das Gefälle nach Osten gering. Die Ausstattung der MOEL mit Humankapital ist relativ hoch. Es bestehen zwar nicht unerhebliche Einkommensunterschiede, jedoch prognostizieren Berechnungen eine Halbierung des Einkommensabstandes alle 35 Jahre.

2. Die Integration der Gütermärkte hat allenfalls marginale Änderungen der relativen Preise auf den Güter- und Faktormärkten bewirkt.

Der Anstieg der Exporte in die MOEL-10 von 1988 bis 1999 lag bei rund 650 %, der Anstieg bei den Importen um 450 %. Das Handelspotenzial ist noch nicht ausgeschöpft und wird in Zukunft noch weiter steigen. Trotz hoher Dynamik sind die Marktanteile der MOEL zu gering, um die relativen Preise auf den Gütermärkten zu beeinflussen. Die komparativen Vorteile Deutschlands und der EU gegenüber den MOEL-10 insbesondere bei humankapitalintensiven Gütern sowie die komparativen

Vorteile der MOEL bei arbeitsintensiven Gütern nehmen ab. Der intra-industrielle Handel ist bereits stark gestiegen und wird weiter steigen. Die bereits entstandenen hohen Unterschiede in den unitvalues sprechen für vollständige Spezialisierung in vielen Märkten. Die Folge dieser Entwicklungen sind keine oder nur geringe Effekte für relative Löhne und Beschäftigung durch die Osterweiterung. Auch die Handelsbilanzüberschüsse und -defizite beeinflussen nicht generell die Beschäftigung.

3. Die Integration der Kapitalmärkte hat keine Veränderung des Zinsniveaus und nur geringe Produktionsverlagerungen bewirkt.

Der Nettokapitaltransfers in die MOEL-10 liegt bei 0,15 % des BIP der EU und bei 0,4 % der Bruttoanlageinvestitionen. Durch die EU-Erweiterung kann sich der Kapitaltransfers verdoppeln. Die Kapitaltransfers werden dabei nicht zwangsläufig inländische Investitionen substituieren. Die Struktur der ausländischen Direktinvestitionen liegen zu 50 % in Sektoren, die nicht-handelbare Güter herstellen, die anderen 50 % sind Sektoren, die handelbare Güter herstellen. Das bedeutet, dass ein hoher Anteil von Investitionen der Markterschließung dienen wird. Dabei zeichnet viele dieser Sektoren eine ähnliche Beschäftigungsintensität aus wie im Inland bzw. bei anderen Direktinvestitionen im Ausland (FDI). Zwar wird es bei der vielzitierten Bekleidungsindustrie vermutlich wirklich zu Produktionsverlagerungen kommen. Eine ähnliche Entwicklung ist jedoch nur bei wenigen anderen Industrien des verarbeitenden Gewerbes zu erwarten.

4. Die Osterweiterung wird nach den historischen Erfahrungen voraussichtlich zu keiner Massmigration führen.

Die langsame Konvergenz von Löhnen und Pro-Kopf-Einkommen spricht für anhaltend hohe pekuniäre Migrationsanreize. Dem stehen jedoch hohe individuelle Kosten der internationalen Migration gegenüber. Bei der Erarbeitung von Prognosen gibt es verschiedene Ansätze, die zu verschiedenen Ergebnissen führen: Extrapolation, Querschnitts- und Zeitreihenmodelle. Alle Prognosen sind immer mit einer hohen Sicherheit verbunden. Immer besteht auch das Problem der Übertragbarkeit historischer Erfahrungen. Die ökonomischen Determinanten der Migration sind nicht zu unterschätzen. Trotzdem möchte ich Ihnen eine Zahl nennen: Langfristig werden ca. 2 - 3 % der Bevölkerung in den MOEL nach Deutschland migrieren. Kurzfristig sind dies rund 200.000 - 300.000 Personen, davon rund 70.000 - 100.000 Arbeitskräfte.

5. Sachsen-Anhalt und die anderen Länder Ostdeutschlands sind keine bevorzugten Einwanderungsregionen. Das wird voraussichtlich so bleiben.

Die legale Zuwanderung aus den MOEL konzentriert sich nicht auf Ostdeutschland, sondern auf die Bayrisch-Tschechische Grenze und Süddeutschland. Zentrale Determinanten der regionalen Verteilung sind dabei die relativen Löhne, die relativen Arbeitslosenraten sowie die Distanz zum Heimatort. Zu bedenken sind die hohen Kosten des Tagespendelns. Wie groß hier die illegale Migration ist, ist ungewiss. Sicherlich wird es in gewissem Grade zu einer Transformation von illegaler Beschäftigung in legale Beschäftigung kommen.

6. Einwanderer aus den MOEL sind höher qualifiziert als traditionelle Einwanderergruppen.

Das Qualifikationsniveau der Einwanderer aus den MOEL ist genauso hoch oder höher als das der Deutschen. Meist wird eine Beschäftigung unter dem eigentlichen Qualifikationsniveau erfolgen. Es ist damit zu rechnen, dass die Assimilation in den Arbeitsmarkt nur langsam vonstatten gehen wird. Das Ausbildungsniveau in den MOEL ist relativ hoch. Bei der Migration spielen die Effekte einer größeren Ungleichverteilung der Einkommen in den MOEL eine große Rolle. Die Migration stellt eine große Anforderung an das Humankapital.

7. Einwanderungsregionen gewinnen, Auswanderungsregionen verlieren durch Migration.

Für die Einheimischen hat die Zuwanderung insbesondere auch Wohlfahrtsgewinne: Der Lohn des durchschnittlichen Migranten ist geringer als sein Beitrag zum Sozialprodukt.

- Durch die Migration entstehen steigende Skalenerträge und Agglomerationsvorteile.
- Durch die Wanderungsbewegungen werden ökonomische Schocks absorbiert.
- Hochqualifizierte Einwanderer bedeuten für eine Region einen „Brain Gain“.

8. Empirische Erkenntnisse sprechen dafür, dass die Effekte der Migration für Löhne und Beschäftigung von Einheimischen (weitgehend) neutral sind.

In geschlossenen Volkswirtschaften fällt der relative Lohn von Arbeit durch Zuwanderung, während die Kapitaleinkommen steigen. In offenen Volkswirtschaften hat die Zunahme des Arbeitsangebotes keine Effekte für das relative Einkommen und die Beschäftigung. Bei Arbeitslosigkeit sind die Wohlfahrtseffekte ambivalent. Auch die Empirie zeigt, dass die Migration nur kleine oder geringe Effekte auf die relativen Löhne und die Beschäftigung hat.

9. Die Effekte der Osterweiterung für Löhne, Beschäftigung und Einkommensverteilung sind in Ostdeutschland gering.

Für Ostdeutschland ist festzuhalten, dass es durch den Handel nur positive Wohlfahrts-, aber nur geringe Verteilungseffekte geben wird. Investitionsmittel werden nur in geringem Maße umgelenkt. Die neuen Bundesländer werden nur in geringem Maße Ziel der Migration sein. Niedriges Wanderungspotenzial. Ziel der Wanderbewegungen werden viel mehr Drittländer sein. Sind die neuen Länder einfach zu klein, „too small to matter“? Wenn dies der Fall ist, bedeutet das: mit geringen Verteilungseffekten werden die neuen Bundesländer auch nur geringe Wohlfahrtsgewinne durch die Osterweiterung erzielen.

DIE ENTWICKLUNG VON WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, PRODUKTIONS- UND KOOPERATIONSSTRUKTUREN IN DEN NEUEN LÄNDERN VOR DEM HINTERGRUND DER OSTERWEITERUNG DES BINNENMARKTES

Dr. Joachim Ragnitz, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Ich möchte im Folgenden einige Thesen zur den möglichen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Sachsen-Anhalt formulieren, die als Grundlage für die Diskussion und den Erfahrungsaustausch in den Workshops dienen sollen.



1.) Die anstehende EU-Osterweiterung ist aus Sicht der ökonomischen Theorie sowohl in statischer wie auch in dynamischer Betrachtung für die beteiligten Länder positiv zu werten. Allerdings können sich die im Zuge der vertieften Integration der Märkte auftretenden Anpassungserfordernisse regional und sektoral konzentrieren und in den betroffenen Regionen bzw. Branchen die vorhandene Anpassungsflexibilität übersteigen. Dies erfordert Strategien, die auf eine Erhöhung der Anpassungsfähigkeit in den betroffenen Regionen gerichtet sind.

2.) Im Außenhandel dürften die unmittelbar auf die Liberalisierung des Handels zurückzuführenden Anpassungsprozesse im Wesentlichen abgeschlossen sein. Allerdings ist zu erwarten, dass der EU-Beitritt in den mittel- und osteuropäischen Ländern Wachstumsimpulse auslöst, so dass sich für deutsche Anbieter Marktchancen in den Beitrittsländern ergeben. Hiervon dürften vor allem Produzenten von (technologieintensiven) Investitionsgütern profitieren. Dem steht allerdings eine verstärkte Importkonkurrenz gegenüber. Diese wird sich zunehmend auf Bereiche erstrecken, in denen auch deutsche Anbieter tätig sind (intraindustrieller Handel). Für Sachsen-Anhalt dürften aufgrund seiner derzeitigen Industriestruktur (geringer Anteil exportorientierter, technologieintensiver Branchen) die positiven Effekte eher schwach ausfallen. Vielmehr ist mit steigendem Wettbewerbsdruck durch Anbieter aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zu rechnen.

3.) Die Beitrittsländer bieten erweiterte Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen, die sich aber nach aller Erfahrung auch auf die Wirtschaft der Ursprungsländer eher positiv auswirken. Den meisten sachsen-anhaltinischen Unternehmen dürfte es wegen ihrer regionalen Orientierung und ihrer geringen Größe jedoch schwer fallen, Investitionschancen in den mittel- und osteuropäischen Ländern wahrzunehmen. Etwas anderes gilt lediglich für die größeren Unternehmen in Sachsen-Anhalt, insbesondere in der Energiewirtschaft und in der Chemischen Industrie. Die in diesem Zusammenhang häufig geäußerte Sorge, dass Sachsen-Anhalt aufgrund gering ausgeprägter Standortvorteile im Wettbewerb um Direktinvestitionen zurückfällt, dürfte demgegenüber weniger relevant sein, da derartige Investitionen zumeist primär der Markterschließung (und nur in zweiter Linie der Ausnutzung von Kostenvorteilen) dienen.

4.) Die zum Schutz regionaler Arbeitsmärkte vorgesehenen Beschränkungen der Migration (und der Dienstleistungsfreiheit) sind aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kontraproduktiv, weil damit die positiven Effekte intensiver Arbeitsteilung ungenutzt bleiben. Ohnehin wird dadurch bestehender Anpassungsbedarf auf den Arbeitsmärkten lediglich zeitlich verlagert, nicht aber beseitigt. Zudem besteht das Risiko einer Substitution von Wanderungen durch Kapitalströme. Die befürchteten negativen Effekte auf den Arbeitsmarkt wären für Sachsen-Anhalt ohnehin nur von untergeordneter Bedeutung, da sich eine verstärkte Zuwanderung vornehmlich auf die Ballungszentren in Westdeutschland (bzw. auf Berlin) richten dürfte.

5.) Um die Vorteile der Osterweiterung ausnutzen zu können, bedarf es zunächst einer deutlichen Verbesserung der Standortbedingungen in Sachsen-Anhalt, auch mit dem Ziel, die Anpassungsfähigkeit auf den Arbeits- und Gütermärkten zu verbessern. Hierzu gehört neben einem forcierten Ausbau der (wirtschaftsnahen) Infrastruktur gegebenenfalls auch die Lockerung bestehender Regulierungen. Weiterhin muss die Landespolitik sich darauf einstellen, künftig weniger Fördermittel aus den EU-Strukturfonds zu erhalten; dies folgt unmittelbar aus der Logik der EU-Regionalpolitik. Die Schlussfolgerung hieraus muss sein, dass dann die verbleibenden Mittel effizienter einzusetzen sind.

6.) Gefordert sind zum Zweiten – und vor allem – die Unternehmen selbst. Sie sollten vor allem ihr technologisches Profil schärfen und nach Kooperationsmöglichkeiten mit Partnern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten suchen. Günstig hierfür sind vorhandene Sprachkenntnisse; ungünstig hingegen die geringe Größe der Unternehmen, ihre häufig regionale Orientierung und eine eher schwach ausgeprägte Kooperationsbereitschaft.

Ich denke, diese kurzen Ausführungen zeigen, dass es für Sachsen-Anhalt und die neuen Bundesländer zwar eine Reihe offener Fragen und Aufgaben zur Vorbereitung auf die Erweiterung der EU gibt, diese aber auch als Chance verstanden werden muss. Es gilt, die eigenen Potenziale weiter auszubauen, sich frühzeitig auf neue Marktentwicklungen vorzubereiten und mit neuen Partnern neue Kooperationen einzugehen.



*Präsidiumsmitglieder;
Prof. Dr. Klaus Froberg
und Dr. Herbert Brücker*

DIE ENTWICKLUNG VON WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, PRODUKTIONS- UND KOOPERATIONSSTRUKTUREN IN DEN NEUEN LÄNDERN VOR DEM HINTERGRUND DER OSTERWEITERUNG DES BINNENMARKTES

Prof. Dr. Klaus Frohberg, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)



Hinsichtlich der Wirkung der EU-Osterweiterung auf die Entwicklung im Agrar- und Ernährungssektor in Sachsen-Anhalt und den neuen Bundesländern bestehen in der Öffentlichkeit verschiedene Meinungen. Ich möchte in meinem Vortrag einige dieser Diskussionspunkte aufgreifen und anhand der nachfolgenden Thesen die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten näher beleuchten.

A) Einige Faktoren sprechen dafür, dass es durch die EU-Osterweiterung zu einem stärkeren Wettbewerb durch die Beitrittsländer kommen wird

Für diese Annahme spricht insbesondere die relativ hohe Ausstattung der Beitrittskandidaten mit landwirtschaftlicher Fläche; besonders Ackerland. Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ist wesentlich höher als in der EU: Absolut gesehen beträgt der Anteil um 20 %. Pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche liegt er bei ca. 160 %. Das Lohnniveau ist im Vergleich zur Bundesrepublik sehr niedrig. Damit bestehen insbesondere bei arbeitsintensiven Produkten große Wettbewerbsvorteile; dieses sind z. B. Obst, Gemüse, Wein aber auch Erzeugnisse aus ökologischer Produktion.

B) Auf der anderen Seite gibt es aber auch wesentliche Faktoren, die den Wettbewerb durch die Beitrittsländer bremsen

Bereits jetzt, vor dem eigentlichen Beitritt, haben sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an das EU-Niveau angepasst. Wesentliche Preisunterschiede bestehen nur noch bei Milch, Rindfleisch und Zucker. Damit werden sich auch die sektoralen 'Terms of Trade' nur geringfügig erhöhen. Ein weiterer Faktor ist die schlechte Ausstattung der dortigen Agrar- und Ernährungswirtschaft mit Sachkapital im Gegensatz zur relativ guten Verfügbarkeit bei Humankapital.

Zu vermerken ist auch, dass die Arbeitsproduktivität sowohl in der Land- als auch Ernährungsindustrie sehr niedrig ist. Vor allem in Polen und Rumänien mit zusammen 50 % der landwirtschaftlichen Fläche aller Beitrittsländer besteht die Betriebsstruktur in der Landwirtschaft vorrangig aus kleinen Betrieben. Die Übernahme des gemeinsamen Rechtsbestandes der EU verursacht in einigen Branchen der Kandidatenländer relativ hohe Kosten. Gegen überwiegend nachteilige Wettbewerbsentwicklungen spricht auch die Handelsbilanz. Der Anteil der EU am Gesamtexport von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln dieser Länder liegt nur bei etwa 45 %, ihr Gesamtimport jedoch bei etwa 60 %.

Die Handelshemmnisse bei Agrarprodukten und Nahrungsmitteln sind schon stark reduziert; etwa 75 % der Exporte der Kandidatenländer in die EU sind bereits zollfrei; etwa 40 % der Exporte der EU in diese Staaten können ohne Zölle eingeführt werden. Die Produktqualität in Beitrittsländern ist oftmals den westlichen Ansprüchen nicht gewachsen. Und nicht zuletzt spricht die geringe Wettbewerbskraft der Verarbeitungsindustrie mit Ausnahme einiger Branchen in Ungarn (Getreide, Obst, Gemüse, Fleischwaren), Bulgarien (Obst, Gemüse) und Lettland sowie Litauen (Milch) gegen einen Anstieg des Wettbewerbs durch die Beitrittsländer.

C) Fazit

Aus den obigen Ausführungen möchte ich für die zukünftige Wettbewerbssituation des ostdeutschen Agrar- und Ernährungssektors folgendes Fazit ziehen.

a) Bedingt durch die Ausgangssituation des Agrar- und Ernährungssektors in den Beitrittsländern wird sich die Wettbewerbssituation insbesondere auch für Sachsen-Anhalt mittelfristig nicht grundlegend ändern. Die Exportchancen sachsen-anhaltinischer Unternehmen sind weiterhin sehr gut, vor allem bei verarbeitenden Produkten mit hoher Qualität, d. h. großer Verarbeitungstiefe. Bei arbeitsintensiven Erzeugnissen werden sich dagegen eher Entwicklungen zu Gunsten der Beitrittsländer ergeben.

b) Langfristig betrachtet wird jedoch der Wettbewerbsdruck aus den Beitrittsländern mit den dortigen positiven Entwicklungen der Produktion zunehmen.

Auf diese langfristigen Entwicklungsprognosen gilt es sich vorzubereiten. Eine Möglichkeit der Reaktion ist das Eingehen von strategischen Kooperationen mit Unternehmen in den Beitrittsländern. Diese sind im landwirtschaftlichen Bereich der Beitrittsländer jedoch durch fehlende bzw. ungenügende Erwerbsmöglichkeiten an Boden für Ausländer recht beschränkt. Im Bereich der Verarbeitungsindustrie bestehen dagegen sehr gute Chancen. Vor allem durch Direktinvestitionen bei hochwertigen Produkten können frühzeitig Verbindungen geknüpft werden, die später bessere Anpassungsmöglichkeiten an die neue Wettbewerbssituation bieten werden. Hier ist jedoch zu vermerken, dass das verfügbare Potenzial bereits weitgehend ausgeschöpft ist. Umgekehrt sind Kooperation von Unternehmen aus den Beitrittsländern mit Unternehmen in Sachsen-Anhalt durch die oben genannten Gründe relativ gering.

Welche Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten sich aus dieser Situationseinschätzung aktuell ergeben, möchte ich mit den Interessierten gerne im folgenden Workshop näher erörtern.



Insgesamt kamen 134 Teilnehmer zur Konferenz nach Halle (Saale).

WORKSHOP I: HANDLUNGSANSÄTZE FÜR DIE LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT IM ERWEITERTEN BINNEMARKT

Moderation: Prof. Dr. Diethard Rost, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Absatzchancen in den Beitrittsländern – Thesen

Dr. Thomas Lange, Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Situation der Ernährungsindustrie



- Ernährungsindustrie – größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt
- weist überdurchschnittliche Wachstumsraten aus (z. B. in 2000 Steigerung von 10 %)
- viele Unternehmen sind im Bereich der neuen Bundesländer Marktführer, produzieren erfolgreich Handelsmarken oder arbeiten für nationale/internationale Konzerne
- wenige Unternehmen haben nationale Bedeutung
- geringe Exportorientierung (alte Bundesländer: 16 % Exportanteil (1998); neue Bundesländer: 7 % Exportanteil)
- Export in die künftigen EU-Beitrittsländer nur gering entwickelt
- Handel wird teilweise durch hohe Zollschranken behindert
- geringes Engagement in den Beitrittsländern, bis einschließlich 1999 haben EU-weit nur 30 Investoren mehr als 1 Mio. \$ investiert. Dieses waren vorwiegend die Marktführer der einzelnen Branchen.

Beteiligung an Messen in den Beitrittsländern

- 80 % der Unternehmen haben sich in den letzten fünf Jahren an keiner Messe in den Beitrittsländern beteiligt
- Bearbeitung des Heimatmarktes (insbesondere des westdeutschen) wird als wichtiger erachtet
- Beteiligung an Messen ist für Unternehmen zu teuer
- Messebesuche dienen vorrangig zur Kontaktabbauung

Bewertung der EU-Osterweiterung durch die Unternehmen

- Unternehmen uneins, ob EU-Osterweiterung aufgrund der neuen Märkte eine Chance bietet oder ob weder Vor- noch Nachteile eintreten
- 10 % der Unternehmen sehen ein Risiko aufgrund von Billigimporten und Preisdumping
- Bedrohung für Produkte aufgrund der Osterweiterung wird nicht gesehen – Export in die Beitrittsländer
- 70 % der Unternehmen haben noch nie in die Beitrittsländer exportiert
- Schwierigkeiten bereiten v. a. die besonderen Deklarationen sowie die Zahlungsbereitschaft/-fähigkeit

Kooperationen mit Unternehmen aus den Beitrittsländern

- kaum Kooperationen vor Ort; Kooperation mit Partnerfirmen bringen oftmals nicht den erhofften Erfolg

Fazit

- Großteil der Unternehmen der Ernährungswirtschaft entwickelt keine Aktivitäten, um Marktanteile in den Beitrittsländern zu gewinnen
- Nur absolute Marktführer bzw. internationale Konzerne unternehmen Anstrengungen um Marktanteile in den Beitrittsländern zu gewinnen Schwierigkeiten, die derzeit in der Zusammenarbeit mit Beitrittsländern bestehen, werden jedoch nach der Osterweiterung gegenstandslos sein

MÖGLICHKEITEN UND STRATEGIEN DER ZUSAMMENARBEIT MIT LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBEN IN DEN BEITRITTS-LÄNDERN – THESEN

Dieter Künstling, Gesellschaft für Agrarstrukturförderung in Osteuropa e.V. (GAST-OST)

1 Erfahrungspotenziale der GAST-OST

In der GAST-OST haben sich landwirtschaftliche Unternehmen Sachsen-Anhalts und anderer Bundesländer, der Landesbauernverband Sachsen-Anhalts, wissenschaftliche Einrichtungen aber auch Beratungsfirmen und Vertreter der politischen Parteien des Landes zusammengefunden, um die Erfahrungen bei der Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland zu bündeln und Partnern in osteuropäischen Beitrittsländern gezielt zur Verfügung zu stellen.



- Durchführung von Projekten im Auftrag der Europäischen Union, des Bundes und anderer Interessenten
- Bündelung von Erfahrungen bei Investitionen im Land- und Ernährungssektor in osteuropäischen Ländern

Die Situation der Landwirtschaft in den Beitrittsländern

- z. T. nur bedingt wettbewerbsfähig
- ländliche Bevölkerung und Erwerbstätige in der Landwirtschaft skeptisch in Bezug auf einen Beitritt zur Europäischen Union
- vorhandene Betriebsstrukturen nicht wettbewerbsfähig
- außerordentlich hoher Kapitalbedarf kann z. Z. nicht gedeckt werden
- kein Zugang zu den Weltmärkten
- 15 bis 40 % der Bevölkerung beziehen Einkommen aus der Landwirtschaft

2 Chancen deutscher Unternehmen

- Know-how und Technologievorsprung,
- z. T. historisch bestehende Landes-, Mentalitäts- und Sprachkenntnisse,
- die geographische Lage Deutschlands zu den Beitrittsländern,
- die Transformationserfahrungen in Ostdeutschland, die Zugangsmöglichkeiten zu Kapitalmärkten

Risiken deutscher Unternehmen

- z. T. in Deutschland und Osteuropa ungewisse Perspektiven (Planungssicherheit) zu den agrarpolitischen Rahmenbedingungen,
- z. T. unzureichende Eigenkapitalausstattung,
- Unterschätzung des Faktors Mensch als wichtiges Kapital bei Investitionen im Ausland
- Absatz und Geldmärkte entsprechen z. T. noch nicht den Anforderungen der Marktwirtschaft

Strategien für deutsche Unternehmen

- ausreichende Kapitalverfügbarkeit sichern,
- vorhandene Erfahrungen bündeln und nutzen,
- sorgfältige Investitionsplanung und bei der Investitionsdurchführung lokale Fachkräfte einbeziehen und qualifizieren,
- Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten,
- auf Wettbewerb mit osteuropäischen Firmen einstellen

WORKSHOP I: HANDLUNGSANSÄTZE FÜR DIE LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT IM ERWEITERTEN BINNENMARKT

Zusammenfassung der Ergebnisse:

Prof. Dr. Diethard Rost, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Osterweiterung ist im starken Maße eine Agrarerweiterung, 33 % mehr Fläche (60 Mio. ha) aber auch 29 % mehr Verbraucher, das heißt die Einwohnerzahl wächst auf 500 Mio.!

Wenn man über Chancen, Risiken und Strategien der Osterweiterung für den Agrarsektor in Sachsen-Anhalt diskutiert, so sind folgende Überlegungen als Ergebnis des Workshops kurz herauszustellen:

Im Agrarsektor sind im Rahmen dieser Diskussion drei Teilgebiete differenziert zu betrachten:

- Der Vorleistungsbereich für die Landwirtschaft erfährt auf Grund des wissenschaftlichen Vorsprungs eine echte Erweiterung der Märkte für Investitionsgüter und Material. Davon kann Sachsen-Anhalt wenig profitieren, weil die Landmaschinenindustrie auf die ABL konzentriert ist.
- Die nachgelagerten Bereiche, wie z. B. die Verarbeitungsindustrie, sind sehr investitionsintensiv und schon jetzt ergeben sich interessante Märkte in den Beitrittsländern. Hier gibt es für Sachsen-Anhalt aus der derzeitigen Struktur heraus noch zu wenig Aktivitäten, weil die Etablierung dieser Verarbeitungsindustrie auch innerhalb von Deutschland noch einen erheblichen Verdrängungswettbewerb auf den deutschen Märkten ausgesetzt ist.
- Für die primäre Landwirtschaft, d. h. die landwirtschaftlichen Unternehmen, sind Chancen und Risiken erheblich differenzierter zu betrachten.



*Experten im Workshop I:
Dieter Künstling, Dr. Thomas Lange,
Prof. Dr. Diethard Rost, Ralf Müller
(v. l. n. r.)*



*Moderierte den Workshop I:
Prof. Dr. Diethard Rost*

Die Einflussnahme auf die landwirtschaftlichen Unternehmen durch den Beitritt wird als marginal betrachtet. Es gibt für die innovativen Unternehmen in jedem Falle mehr Chancen als Risiken. Das Wachsen der Produktmärkte und das Auftreten von Überschüssen wird unterschiedlich eingeschätzt. Es überwiegt die Auffassung, dass es ein Wachstum der landwirtschaftlichen Rohstoffherzeugung gibt, aber sie ist im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage eher gering. Größeren Einfluss auf die Unternehmen hat die Frage nach einem möglichen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik. Deshalb gilt es für Sachsen-Anhalt weiterhin, die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem im Marktfruchtbereich zu erreichen und den Nettoimport von tierischen Erzeugnissen zu verringern. Die Orientierung auf höhere Produktqualität kann auch für osteuropäischen Märkte zukünftig von Nutzen sein. Es wurde herausgestellt, dass die bestehenden Kontakte ausgeweitet werden müssen. Dazu leistet die GAST-OST, in der Politiker, Praktiker und Wissenschaftler zusammenarbeiten, eine ganz hervorragende Arbeit.

Für landwirtschaftliche Unternehmen geht es um vielfältige Aktivitäten, die in Zusammenarbeit mit Beratung und Wissenschaft zu nutzen sind. Es geht darum, den Akteuren zusätzliche Informationen bereitzustellen und es ist zu prüfen, ob es Übergangslösungen für den Agrarsektor geben muss. Das gilt vor allem für Ausgleichszahlungen, Standards, Gütezeichen, Gesetzmäßigkeiten für Umweltentlastung, Produktionsquoten u. a.

WORKSHOP II: KOMMUNALE UND REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ZUR VORBEREITUNG AUF DIE OSTERWEITERUNG

Moderation: Anje Reimers, Ministerium für Wirtschaft und Technologie

Fragen zum Workshop

1. Wenn Sie die Prognosen der Wissenschaft hören und die Ausgangssituation der neuen Mitgliedsstaaten im Vergleich zu uns sehen, welche Aktivitäten der Kommunen bzw. Aktivitäten auf kommunaler Ebene sollten vor diesem Hintergrund in Angriff genommen werden?
2. In welchen Themengebieten bieten sich für die Kommunen und ihre Partner weitere Aktivitäten an? Wo sollte die kommunale Arbeit verstärkt werden?
3. Sollte der Netzwerkgedanke ausgeweitet werden und wenn ja auf welche Themenbereiche (Ausbildungsk Kooperationen, Wirtschaftsbörsen etc.)?
4. Welche Fragen treten bei der Kontaktaufnahme bzw. inhaltlichen Umsetzung von Partnerschaften am häufigsten auf?
5. Wo erwarten Kommunen und ihre Partner noch weiter Hilfestellungen seitens der Strukturfonds und des Landes?



Antje Reimers führte durch den Workshop II.

WORKSHOP II: KOMMUNALE UND REGIONALE ZUSAMMENARBEIT ZUR VORBEREITUNG AUF DIE OSTERWEITERUNG

Zusammenfassung der Ergebnisse

Eine zentrale Erkenntnis des Workshops ist die Tatsache, dass die Gebietskörperschaften als Multiplikatoren einen entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt leisten. Sie sind zumeist Ausgangspunkt für einen ersten Kontakt zwischen Bürgern und der Wirtschaft der verschiedenen Regionen.

Die Brücken schaffen meist Städtepartnerschaften und überregionale Kooperationen. An diesen sind oftmals auch mehrere Städte und Gemeinden gemeinsam beteiligt. Der Einstieg erfolgt dabei über kulturelle und soziale Themen. Sie bieten die große Chance zum Kennenlernen der Strukturen, Potenziale und Probleme der Partnerregionen und geben Ideen für die mögliche Gestalt der zukünftigen Zusammenarbeit. Aus diesen ersten Einblicken ergeben sich oft weitere, differenziertere Projekte.

In der zweiten Phase der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit verfestigen sich die oft auf privat-persönlicher Ebene entstandenen Kontakte. Ziel dieser Phase ist es, weiterführende Projekte zu finden und mit den Partnern aufzubauen. Der Umfang und die Ziele der Projekte sind wesentlich differenzierter. Dies erhöht den Koordinations- und Abstimmungsaufwand und damit die zu investierende Zeit und Finanzmittel der Partner. Das zeigen die vorgetragenen Beispiele und Erfahrungsberichte der Workshopteilnehmer, insbesondere zu Projekten aus dem wirtschaftlichen Bereich.

Als strategischer Ansatz für die Entwicklung von Kooperationen hat sich der Ansatz von thematischen und geografischen Netzwerken bewährt. Dieser Ansatz sollte ausgebaut werden, auch wenn die persönliche Initiative einzelner Akteure auf kommunaler Ebene ein wesentlicher Faktor bleibt.

Unterstützungsbedarf haben die Kommunen insbesondere auch bei dem hohen Koordinations- und Abstimmungsaufwand, der besonders bei umfangreicheren, längerfristigen Projekten auftritt.

Darüber hinaus äußerten die Teilnehmer den Bedarf nach verlässlichen Förderprogrammen, insbesondere auch auf europäischer Ebene. Die bereits bekannten und z. T. genutzten Programme sollten einfache Verwaltungsverfahren und kurze Antrags- und Genehmigungszeiträume bieten.



Lebhafte Diskussion unter den Workshop-Teilnehmern.

WORKSHOP III: HANDLUNGSANSÄTZE ZUR ERHÖHUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SACHSEN-ANHALTINISCHER UNTERNEHMEN IM PROZESS DER OSTERWEITERUNG

Moderation: Dr. Norbert Heller, Ministerium für Wirtschaft und Technologie

Fragen zum Workshop



Dr. Norbert Heller

1. Sehen Sie Unterschiede zwischen den Annahmen und Prognosen der Wissenschaft und Ihren eigenen Erfahrungen? Welche Erwartungen haben die Unternehmen in Bezug auf die Osterweiterung? Welche Erfahrungen haben Sie bereits gemacht?
2. Welche Anpassungsnotwendigkeiten haben kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in Bezug auf die Osterweiterung?
3. Wie reagieren Großunternehmen auf die neue Marktsituation? Lassen sich daraus Lösungen auch für KMU's ableiten. Haben KMU spezielle, andere Bedürfnisse als Großunternehmen im Rahmen der neuen Wettbewerbs- und Marktsituation?
4. Welche weiteren Fördermöglichkeiten sollten zukünftig erschlossen werden?



Aktive Mitarbeiter der Workshop-Teilnehmer.

WORKSHOP III: HANDLUNGSANSÄTZE ZUR ERHÖHUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SACHSEN-ANHALTINISCHER UNTERNEHMEN IM PROZESS DER OSTERWEITERUNG

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der gewerblichen Wirtschaft stellt sich die Herausforderung „Osterweiterung“ mit Risiken und Chancen. Die Beiträge im Plenum relativierten die Risiken (freier Austausch von Waren und Dienstleistung ist bereits jetzt Realität). Entscheidend sind die Chancen. Das Risiko besteht darin, Chancen nicht zu ergreifen – z. B. Know-how aus zukünftigen Mitgliedsstaaten nutzen nur Wettbewerber aus anderen Regionen (z. B. alte Bundesländer).

Die Teilnehmer des Workshops sollten Chancen der gewerblichen Wirtschaft erarbeiten und mögliche Hilfen seitens staatlicher Wirtschaftspolitik formulieren.

Know-how-Transfer – neue Märkte

Wer sich Märkte erschließen will, muss deren „Spielregeln“ beachten. Erforderliches Know-how hierzu ist bei den Marktteilnehmern dieser Märkte vorhanden. Transfer von Know-how findet statt aus der EU (alt) in die erweiterte EU und umgekehrt. Hierzu ist die Bereitschaft hiesiger Unternehmer, aber auch öffentlicher Stellen, eigenes Know-how anzubieten erforderlich. Know-how-Transfer ist keine Einbahnstraße. Sachsen-anhaltische Unternehmen können über Austauschprozesse ihr Know-how erhöhen. Räumliche Nähe, sprachliche Fertigkeiten und bestehende Verbindungen bilden günstige Ausgangsbedingungen.

Kompetenzen und Qualifizierung

Die Teilnehmer betonten die Bedeutung von fachlicher Kompetenz und persönlichen Beziehungen bei der Markterschließung. Besonders hoben die Teilnehmer technologieorientierte Bereiche hervor. Von Bedeutung sind die vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten im Land Sachsen-Anhalt, die der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt. Qualifizierungsmöglichkeiten sind eine Chance beim Markteinstieg. Die Unternehmen müssen ihre Bedarfe formulieren (fachliche oder auch den Abbau sprachlicher oder kultureller Barrieren). Sie haben die Möglichkeit, gemeinsam mit Bildungsträgern und BBJ entsprechende Qualifizierungsangebote sozusagen „maßgeschneidert“ selbst zu initiieren. Hier können Kammern und Unternehmensverbände unterstützen.

Kooperationen/Netzwerke (Groß/Klein)

Die Erschließung neuer Märkte verlangt neben Kompetenzen in fachlicher und persönlicher Hinsicht ein gewisses Mindestpotenzial. Kleine Unternehmen können dies in der Regel nicht leisten. Diese „Notlage“ können Unternehmen zu einer Tugend machen. Mehrere kleine Unternehmen können ausreichendes Potenzial bündeln. Auch Kooperationen zwischen großen, strukturbestimmenden und kleinen Unternehmen zur Bildung strategischer Allianzen zur Markterschließung sind erfolgreich - wie die dargestellten Beispiele „BSL“ und „MEAG“ belegen.

(Zukünftige Förder-) Strategie

Unternehmer und staatliche Förderung müssen Vorteile organisieren. Neben der Initiative der Unternehmer selbst ist die Förderung im Rahmen der Mittelstandsinitiative und im Rahmen der Qualifizierung von Bedeutung. Das heißt vor allem:

- Bildung und Unterstützung von Kooperationen und Netzwerken,
- Eingehen und Unterstützung von Joint Ventures,
- gezielte Qualifizierung von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einschließlich Unterstützung bei der Qualifizierung.

PODIUM

AUSWIRKUNGEN DER EU-OSTERWEITERUNG AUF OSTDEUTSCHLAND AUS SICHT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

in der Tat bin ich kein deutscher Politiker mehr, ich darf es überhaupt nicht sein. Meine Aufgabe besteht darin, immer zu versuchen, das Gesamtinteresse der Europäischen Union zu finden und zu vertreten. Das ist nicht immer ganz einfach. Aber ich finde, es gehört unzweifelhaft zum Gesamtinteresse der Europäischen Union, dass in der Kommission jemand Bescheid weiß über die Verhältnisse in Ostdeutschland. Weil wir anderenfalls zu völlig falschen Ergebnissen kommen würden, wenn wir nicht die direkten Kontakte und unmittelbaren Kenntnisse von der Lage in den einzelnen Mitgliedsstaaten hätten. Und deshalb bin ich immer wieder gern in den ostdeutschen Ländern und habe die Einladung hierher zu kommen, sehr gerne angenommen.



Ich möchte Ihnen eingangs kurz einige Informationen zum derzeitigen Stand der Erweiterung geben, dazu, womit wir tatsächlich rechnen müssen und womit nicht. Aus heutiger Sicht halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass wir bis zum Ende des nächsten Jahres in der Lage sein werden, die Beitrittsverhandlungen mit bis zu zehn Ländern abzuschließen, darunter die zwei östlichen Nachbarländer Deutschlands, nämlich Polen und die Tschechische Republik. Wahrscheinlich werden diese 10 Länder dann noch vor der Europawahl im Jahr 2004 der Europäischen Union beitreten und an der Europawahl bereits als gleichwertige Mitglieder teilnehmen. Ich möchte jedoch zwei Begriffe, die ich verwendet habe, besonders betonen: wahrscheinlich und bis zu zehn. Ich habe nicht gesagt, es werden zehn sein. Und ich habe auch nicht gesagt, es wird sicher so sein. Aber 10 haben eine sehr gute Chance. Dafür spricht der bisherige Verlauf der Verhandlungen und das Tempo und die Dynamik der Vorbereitung in den Kandidatenländern selbst.

Die meisten von Ihnen werden sich inzwischen ein eigenes Urteil darüber gebildet haben, wie enorm weit die Transformation in den ost- und mitteleuropäischen Kandidatenländern fortgeschritten ist und dass wir getrost davon ausgehen dürfen, dass die mittel- und osteuropäischen neuen Mitglieder die Bedingungen der Mitgliedschaft vollständig erfüllen werden. Das heißt, sie werden in der Lage sein, ihre Rechte und Pflichten einer EU-Mitgliedschaft in gleicher Weise wahrzunehmen wie die gegenwärtigen Mitgliedsstaaten. Es gibt auf diesem Weg noch eine Reihe von politischen Schwierigkeiten, das ist unbestritten. Aber ich halte alle diese Schwierigkeiten und Probleme für lösbar. Es ist eine Frage des politischen Willens auf beiden Seiten und mir scheint, dass der politische Wille stark genug ist, um das Fenster der Gelegenheit – von dem ich gerne spreche und das im Augenblick noch offen ist – zu nutzen, bevor es sich wieder schließt.

Man kann nicht über ein großes internationales Projekt, wie die Erweiterung es nun einmal ist, reden, ohne auf die tragischen Geschehnisse des 11. September 2001 hin-

zuweisen. Ich sage das nicht als eine Art Pflichtübung, sondern weil es hier einen sehr direkten und sehr wichtigen Zusammenhang gibt. Natürlich stellte sich nach dem 11. September – mit seinen sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen – die Frage, ob wir das Projekt der Erweiterung noch einmal auf den Prüfstand stellen müssen oder nicht. Wir haben das getan und die politische Schlussfolgerung lautet: wenn wir die Erweiterung nicht bereits beschlossen hätten, dann müssten wir sie spätestens nach dem 11. September beschließen. Denn sie ist das beste Instrument, um für einen großen Raum in Europa, den gesamten Transformationsraum, dasselbe Maß an politischer und wirtschaftlicher Stabilität zu erreichen, das wir im Europa der EU-15 bereits erreicht haben. Das ist – bei allen Defiziten und allen Unzulänglichkeiten des Prozesses der europäischen Einigung – ihr großer und wirklich historischer Erfolg: die Sicherung des Friedens für lange, lange Zeit. Die Erweiterung ist das Instrument, um politische und wirtschaftliche Konflikte und Spannungen bereits im Entstehen zu verhindern. Es ist das Instrument, das sicherstellt, dass Meinungsverschiedenheiten nur gewaltfrei und in konsensueller Weise ausgetragen werden. Deshalb wird die Erweiterung Europa zu einem sichereren Platz für die Bürgerinnen und Bürger machen, als dies bisher der Fall war.

Etwas problematischer ist die ökonomische Seite. Natürlich werde ich gefragt, ob es in einer Situation weltweiten wirtschaftlichen Abschwungs – um einen vorsichtigen Ausdruck zu wählen – vertretbar bleibt, ein derartiges, auch ökonomisch und finanziell sehr anspruchsvolles Projekt zur Vollendung zu bringen. Bei genauer Betrachtung der gegenwärtigen ökonomischen Situation und absehbarer Entwicklungen in den Kandidatenländern und in den Mitgliedsländern kommt man zu interessanten Ergebnissen. So sind die Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa weniger von den unmittelbaren Folgen des Terroranschlages und den ökonomischen Auswirkungen betroffen als die EU-Staaten. In allen Beitrittsländern sind die Wachstumsraten robust, solide, stark, weit über dem EU-Durchschnitt. Mit einer bemerkenswerten Ausnahme - Polen. Die Tatsache, dass Polen stärker betroffen ist, als andere und wir einen relativ starken Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit in Polen beobachteten, ist eine Folge der bereits sehr starken Verflechtung Polens mit der Wirtschaft der Europäischen Union, namentlich der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, dass die Verlangsamung bzw. der Abbruch des Wachstums in Deutschland sich direkt auf die Wachstumsraten in Polen auswirkt. Gleichzeitig sagen die Schätzungen, dass sich die Volkswirtschaft in Polen und in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern schneller erholen wird als die der EU.

Angesichts des relativ geringen Leistungspotenzials dieser Volkswirtschaften kann von den höheren Wachstumsraten dort natürlich keine Lokomotivwirkung für das Wachstum in den EU-15-Ländern ausgehen. Diese Länder repräsentieren insgesamt gerade mal zwischen 5 und 6 % unseres Bruttosozialproduktes. Fest steht aber auch, dass sie in jedem Fall keine zusätzliche Belastung für die EU bedeuten. Im Gegenteil, sie haben einen positiven, wenn auch in den ersten Jahren nur bescheidenen positiven wirtschaftlichen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Situation in der EU.

Nun ein paar Bemerkungen zu spezifisch ostdeutschen Fragestellungen, der spezifisch ostdeutschen Sicht auf die Erweiterung und zur besonderen Bedeutung der Erweiterung für Ostdeutschland. Die Erweiterung ist ja die Konsequenz aus dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung in Europa. Und Ostdeutschland hat mit der Deutschen Einigung als erstes Territorium des früheren sowjetischen Machtbereiches seinen eigenen Weg in die europäische Integration nehmen können. Es wird gelegentlich gesagt, es war ein Glück, dass die Ostdeutschen nicht mit der Kommission über das

gesamte Gemeinschaftsrecht verhandeln mussten. Das stimmt, das kann ich nur bestätigen. Wenn das alles mit der Kommission hätte detailliert verhandelt werden müssen, hätte es bis zur Mitgliedschaft sehr lange gedauert. Ostdeutschland nahm einen anderen, schnelleren Weg. Wir sollten gleichzeitig jedoch nicht vergessen, dass der Fall der Berliner Mauer nicht nur das Ergebnis von Anstrengungen, Leistungen und der Tapferkeit in Ostdeutschland war. Der Fall der Mauer, mit dem in Deutschland symbolisch das Ende des Kalten Krieges bezeichnet wird, ist Teil eines größeren Prozesses. Um nur einige Daten zu erinnern: die Wende markiert gewissermaßen den Höhepunkt von Demokratiebewegungen, etwa in Berlin, auch Halle, im Jahre 1953, in Budapest 1956, in Prag 1968, in Polen 1981 und dann der Perestroika. Diese Bewegung mündete schließlich in der Tatsache, dass Polen und Ungarn im Jahre 1989 dem so genannten real existierenden Sozialismus eine endgültige Absage erteilten. Es ist daher politisch und moralisch ganz verständlich, dass in Ostdeutschland die politische Unterstützung für die Erweiterung stark ist. Ich weiß wohl, dass kritische Fragen damit verbunden sind und dass auch Ängste bestehen. Aber es ist doch eher selten, dass in Ostdeutschland jemand der These widerspricht, dass die Erweiterung unlegbar eine historische und moralische Dimension hat.

Die allgemeinen Wirkungen der Erweiterung gelten auch für Ostdeutschland. Die geografische Lage Ostdeutschlands mit der langen Grenze zu Polen und der Grenze zu Tschechien verstärkt allerdings hier das Interesse an der Stabilität der Nachbarn. Selbstverständlich ist es im Interesse der ostdeutschen Länder, die Nachbarn in Polen und Tschechien politisch und wirtschaftlich stabil zu wissen, dort ein starkes wirtschaftliches Wachstum zu sehen, weil das positive grenzüberschreitende Effekte hat. Wirtschaftlich betrachtet, rückt durch die Erweiterung Deutschland aus der Randlage in der Europäischen Union, und das ist ein entscheidender Unterschied. Aus der Geschichte von Industrieansiedlungen über Jahrhunderte hinweg wissen wir, dass grenznahe Gebiete bzw. Grenzregionen niemals bevorzugte Zielorte von Investitionen gewesen sind. Die Risiken von Investitionen in grenznahen Gebieten sind jeweils als zu hoch eingeschätzt worden. Die anhaltende strukturelle Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft hat deswegen gar nichts mit der Erweiterung zu tun, sondern sie ist das Resultat der spezifischen Transformation in Ostdeutschland, die sich in einigen Schlüsselfragen von der Transformation in Mittel- und Osteuropa unterscheidet.

Allerdings werden sich einige der Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bestimmen, durch die Erweiterung positiv verändern. Auch wenn die ostdeutsche Wirtschaft noch relativ schwach ist, wäre ohne die Erweiterung die Herausforderung noch ungleich größer. Die Kandidatenländer bilden ja keinen in sich geschlossenen, separaten Märkte. Die Perspektive der EU-Mitgliedschaft veranlasst diese Länder schon jetzt zur Übernahme der EU-Standards, etwa im industriellen Bereich. Das heißt: wir haben keine unterschiedlichen Normen und Standards beim Export nach Frankreich, Österreich oder nach Polen. Das erleichtert die wirtschaftliche Tätigkeit, gerade für den Mittelstand. Zudem müssen die Beitrittsländer im Zuge des EU-Beitritts die höheren Umwelt- und Sozialstandards der EU übernehmen. Das häufig vermutete Dumping, das vermeintliche Umwelt- und Sozialdumping zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft, ist eine falsche Annahme, das muss ich sehr deutlich sagen.

Es gibt selbstverständlich eine ganze Reihe von Problemen. Es gibt grenzüberschreitende Kriminalität, es gibt illegale Zuwanderung von billigen Arbeitskräften, es gibt eine Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch vergleichsweise niedrige Umwelt- und Sozialstandards. Das alles ist Realität. Aber das alles hat nichts mit der Erweiterung zu tun. Es ist die Folge eines Ereignisses, das wir alle mit großer

Freude erlebt haben, nämlich des Zusammenbruchs der kommunistischen Staaten und des Wegfalls des Eisernen Vorhangs. Diese Probleme sind das Ergebnis offener Grenzen und eines deutlichen West-Ost-Wohlstandsgefälles. Die Erweiterung ist deshalb nicht das Problem, sondern die Lösung. Denn die Erweiterung führt dazu, dass bei den östlichen Nachbarn Deutschlands dieselben hohen Umwelt- und Sozialstandards gelten müssen, wie bei den Nachbarn im Westen. Sie führt dazu, dass überall die gleichen Wettbewerbsregelungen, die gleichen Beihilferegulungen beachtet werden müssen, so dass es auch keinen Subventionswettbewerb geben kann. Es gibt bessere Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, es gelten die hohen Anforderungen zum Schutz unserer Außengrenzen. Das heißt, dass auch die grenzüberschreitende Kriminalität wirkungsvoller bekämpft werden kann. Und natürlich wird die wirtschaftliche Annäherung, die Abflachung des enormen Kaufkraftunterschiedes und des Lohn-Preis-Gefälles dazu führen, dass auch das Zuwanderungsproblem beherrschbar und steuerbar bleibt. Ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Probleme, die die Menschen haben und die sie schildern, nicht erfundene Probleme, sondern reale Probleme sind. Nur, dass sie nicht durch die Erweiterung geschaffen oder vergrößert werden. Die Erweiterung hilft, damit fertig zu werden.

Auch die Tatsache, dass Unternehmen aus Ostdeutschland heute weltweit konkurrieren, auch mit Unternehmen aus Kandidatenländern, dass es Konkurrenz um Direktinvestitionen gibt, ist nicht der Erweiterung geschuldet, sondern der Grenzöffnung und dem globalen Wettbewerb. Die Perspektive der EU-Erweiterung sorgt allenfalls für fairere Wettbewerbsbedingungen. Sie müssen sich nur mal theoretisch vorstellen, wie die Lage wäre, wenn unsere Nachbarn in Polen und Tschechien nicht die Absicht hätten, der EU beizutreten. Sie befänden sich selbstverständlich weiter im Transformationsprozess und könnten gleichzeitig ungebremst ihre niedrigen Standards nutzen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Erweiterung für Deutschland außerordentlich notwendig.

Politisch wird die Erweiterung der Europäischen Union natürlich nicht ohne Wirkungen auf das Innenverhältnis in der Europäischen Union bleiben. Die neuen Mitglieder haben eigene Transformationserfahrungen und einen starken und ungebrochenen Reformwillen. Das wird Ostdeutschland in seinem Ringen um Anerkennung seiner gesellschaftlichen Bedürfnisse, aber auch seiner Leistungen im innerdeutschen Kontext stärken. Das Element erfolgreicher Transformation wird stärker wahrgenommen werden. Die neu hinzukommenden Länder sind, wie auch Ostdeutschland, an einer starken solidarischen Gemeinschaft interessiert. Gleichzeitig haben sie kein Interesse an einer Überreglementierung. Auch das entspricht den deutschen Grundinteressen an der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Es ist deshalb ein Irrtum, zu glauben, dass die künftigen Mitgliedsländer die Integration behindern werden. Ganz im Gegenteil. Sie werden sich außerordentlich gemeinschaftsfreundlich verhalten, sie werden die Gemeinschaftsmethode stärken, sie werden starkes Gemeinschaftsrecht wollen, leistungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen und einen starken und leistungsfähigen Gemeinschaftshaushalt. Weil das im eigenen Interesse liegt, muss man klar sehen: eine starke Gemeinschaft, eine arbeitsfähige Gemeinschaft liegt immer im Interesse der Kleineren und der Schwächeren.

Ich will auch der Frage nicht ausweichen, was für Auswirkungen die Erweiterung auf die Verteilung der Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, haben wird. Es ist völlig klar, dass wir den künftigen Mitgliedern Solidarität schulden. Auch im eigenen Interesse. Noch einige Jahre werden die Spanier allein jährlich mehr Mittel aus den Strukturfonds erhalten, als die zehn möglichen ersten neuen Mitglieder zusammen,

und keiner kommt auf die Idee zu sagen, das sei ein schlechtes Investment in Spanien. Jeder sagt, dass es ein cleveres Investment ist, weil es zu einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung führt, zu neuen Märkten, neuen Absatzmöglichkeiten, usw. Das wird in Mittel- und Osteuropa nicht anders sein.

Bis 2006 ist die Lage völlig klar, denn die Haushalte sind getrennt. Es gibt einen Haushalt für die EU-15 und es gibt einen besonderen Haushalt für die neuen Mitgliedsländer, so dass also keinerlei Überlappungen entstehen. Die Leistungen, die in der jetzigen Finanzierungsperiode für Ostdeutschland vorgesehen sind, bleiben deshalb völlig unangetastet. Die Frage ist also: Was passiert danach? Was passiert nach 2006, wenn wir eine neue finanzielle Vorausschau brauchen? Niemand kann diese Frage heute vollständig beantworten, weil wir erst im Jahre zwei einer siebenjährigen Förderperiode sind. Wie sich Förderung weiterentwickelt, hängt unter anderem auch davon ab, was für Ergebnisse wir mit den Förderprogrammen der jetzt laufenden Förderperiode erzielen. Dafür ist es jetzt noch zu früh. Die Kommission wird deshalb voraussichtlich im Jahr 2004 ihre Vorschläge machen, wie es weitergehen soll. Aber was ich heute schon im Hinblick auf Ostdeutschland – und damit auch in Bezug auf Sachsen-Anhalt – sagen kann, ist, dass es nicht so sein wird, dass es zu einer einfachen Umschichtung kommen wird und Mittel der Strukturfonds, die bisher in den Mittelmeerraum oder nach Ostdeutschland gegangen sind, einfach dort weggenommen werden, um sie nach Mittel- und Osteuropa zu leiten. Das wird so nicht geschehen. Entscheidend bleibt, ob die Förderziele erreicht wurden oder nicht. Wenn in weiten Teilen Ostdeutschlands oder anderswo im Jahre 2006 das gemeinschaftlich vereinbarte Förderziel nicht erreicht sein sollte, dann muss weitergeholfen werden. In einigen Fällen möglicherweise mit einem sanften facing-out. Ideal wäre, wenn für die einen die Unterstützung langsam zurückgingen, während sie anderswo langsam steigt, aber das lässt sich heute nicht vorhersagen. Das wird man erst im Jahr 2004 klarer sehen.

Was ich definitiv und in Übereinstimmung mit meinem Freund und Kollegen, Michael Barnier, sagen kann – ich glaube, er hat es bereits selbst schon in Magdeburg gesagt – ist, dass wir im Traum nicht daran denken, Ostdeutschland für die Erweiterung zahlen zu lassen, indem, einfach so, am Tage X nach 2006 die Förderung für Ostdeutschland eingestellt würde. Das ist ein absurder Gedanke. Ich hoffe allerdings sehr, dass wir dann in der nächsten Finanzierungsperiode so weit sein werden, dass wir am Ende sagen können, dass die Förderziele auch in Ostdeutschland überall erreicht sind. Wenn wir 2013 immer noch vor der Frage stehen sollten, wie es danach mit der Förderung weitergeht, dann hätten wir ein echtes Problem.



*Im Gespräch:
Dr. Reinhard Höppner, Günter
Verheugen und Norbert Wenner.*

Einen letzten Gedanken zum Abschluss. Ich habe den drei Berichten der Arbeitsgruppen mit großer Aufmerksamkeit zugehört und ich bin für die ruhige und sachliche Darstellung sehr dankbar. Was gesagt worden ist, kann ich, soweit ich es übersehe, bestätigen. Auch, dass Sachsen-Anhalt nicht das Zielgebiet einer großen Massenwanderung sein wird. Und ich teile den kritischen Hinweis, dass dies den Ministerpräsidenten und seine Regierung zum Nachdenken veranlassen sollte. Weil das im Grunde nichts anderes heißt, als dass Sachsen-Anhalt nicht attraktiv ist für Arbeitnehmer, die sich verändern wollen. So dass diese Wanderung – wenn sie überhaupt kommt – sozusagen über ganz Ostdeutschland hinweggeht. Wir sehen das heute schon im Norden Deutschlands, wo IT-Techniker, die aus Polen oder aus dem Baltikum kommen, selbstverständlich nicht in Rostock oder Schwerin einen Arbeitsplatz suchen, sondern in Kiel oder in Hamburg. Die ganze Entwicklung geht über Mecklenburg-Vorpommern einfach hinweg. Ähnliches können wir hier auch beobachten und deshalb ist es so wichtig, dass man sich diese Frage stellt. Wenn ein Gebiet für Zuwanderungen attraktiv ist, dann schafft das auch Probleme, ohne Zweifel. Andererseits ist es aber immer ein Zeichen, dass es sich eben nicht um eine Problemregion handelt, sondern um ein Gebiet mit einem hohen wirtschaftlichen Standard, der es für andere attraktiv macht. Insofern wünsche ich mir, Reinhard, dass Sachsen-Anhalt in einigen Jahren auch für Zuwanderung attraktiver sein wird als heute.

Vielen Dank!

OSTDEUTSCHE TRANSFORMATIONSERFAHRUNGEN ALS STANDORTVORTEIL IM ERWEITERUNGSPROZESS

Dr. Reinhard Höppner, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kommissar Verheugen,

wie wir in den vergangenen Wochen auf tragische Weise erlebt haben, ist eine friedliche Welt immer noch keine Selbstverständlichkeit; neue Dimensionen des Terrors, auch die anhaltende Instabilität auf dem Balkan unterstreichen, dass eine globale Friedensordnung schwer zu erreichen ist. Ich bin daher der festen Überzeugung, dass wir mit der Erweiterung der Europäischen Union einen Schritt gehen, der für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben in Europa und darüber hinaus zwingend notwendig ist.

Nicht nur politisch ist die Osterweiterung unabdingbar, auch wirtschaftlich bringt sie neue Chancen; das betrifft wegen ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und ihrer internationalen Ausrichtung Sachsen-Anhalt in besonderem Maße. Man kann nicht oft genug betonen, dass wir mit der Osterweiterung der EU noch viel stärker als mit der Wende von 1989 in das Zentrum Europas rücken. Vielleicht erkennen wir noch gar nicht konsequent genug die riesigen Chancen, die sich darin auftun, dass die Wachstumsmärkte des neuen Europas nur wenige Kilometer von unserer Haustür entfernt liegen.



*Ministerpräsident
Dr. Reinhard Höppner*

Lassen Sie mich drei Thesen formulieren, die aus meiner Sicht – anknüpfend an die Ausführungen von Kommissar Günter Verheugen – die Bandbreite der Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten im Kontext der EU-Osterweiterung umreißen:

1. Bei allen Unterschieden zwischen der deutschen und der europäischen Einigung sind die in Ostdeutschland gewonnenen Erfahrungen wichtiger und prägender für die bevorstehende Osterweiterung als frühere Beitritte zur EU. Deshalb haben wir die klare Absicht, uns insbesondere auf den Feldern Beratung und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Prozess der Osterweiterung einzubringen.

Ganz sicher gibt es hier neben manchen Parallelen auch Unterschiede und der Prozess der Integration osteuropäischer Staaten in die EU ist weitaus komplexer. Doch die Ergebnisse der deutschen Einigung sollten uns trotz der Probleme, die noch zu überwinden sind, auch Mut machen auf dem Weg zur europäischen Einigung.

Ostdeutschland konnte in den letzten Jahren umfangreiche Erfahrungen im Umstrukturierungsprozess sammeln, die heute zu einem überaus wichtigen Know-how avancieren. Dieses Know-how gehört auch zum wesentlichen Teil der Angebotspalette gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Transformationserfahrungen sind nutzbar, um den Kandidatenländern bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft zu helfen und zugleich die bilateralen, nicht zuletzt wirtschaftlichen Kontakte zu vertiefen. Sachsen-Anhalt versucht, seine Erfahrungen den osteuropäischen Beitrittskandidaten durch verstärkte interregionale Kooperation zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl wäre es aus meiner Sicht wünschenswert, dass auch die Europäische Kommission die ostdeutschen Erfahrungen intensiver nutzt.

Sachsen-Anhalt hat beispielsweise im Juni 2000 in Brüssel in Anwesenheit von Kommissar Verheugen und in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ein umfangreiches Reservoir von Erfahrungen vorgestellt, das vom Einsatz der Europäischen Strukturfonds über Politik- und Investitionsberatung in den Sektoren Landwirtschaft und ländlicher Raum bis hin zu Altlastensanierung und Umweltinvestitionen reicht. Wir sind gern bereit, Experten aus den Kandidatenländern auch in unserer eigenen Landesverwaltung zu Praktika und Studienaufenthalten zu empfangen und bedauern, dass die EU für solche Maßnahmen im Rahmen des „Institution Building Partnership Programme“ keine Finanzierungsmöglichkeiten vorsieht.

2. Je näher der Zeitpunkt der Osterweiterung rückt, desto deutlicher wird der erhebliche Anpassungsbedarf - sowohl im Inneren der heutigen Europäischen Union als auch in den künftigen Mitgliedsstaaten.

Für die Stimmung in der Bevölkerung hat es bereits viel geholfen, dass die Frage der Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit faktisch im deutschen Sinne - mit Übergangsregelungen von fünf bis sieben Jahren - geklärt werden konnte. Für das kommende Jahr stehen mit den Kapiteln Agrarpolitik, Regionalpolitik, Haushalts- und Finanzbestimmungen Themen in den Verhandlungen an, die gerade auch für Ostdeutschland erhebliche Auswirkungen haben. Hier muss es zu einem fairen Interessenausgleich zwischen heutigen und künftigen Mitgliedsstaaten kommen. Einerseits müssen die neuen Mitgliedsstaaten von Anfang an in die europäische Solidarität einbezogen werden, andererseits ist es undenkbar, die Osterweiterung auf Kosten der problembeladesten Regionen der heutigen EU zu finanzieren.

Darüber hinaus besteht ein riesiger Reformbedarf im Innern der heutigen EU, bei dem wir hoffentlich im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses bis 2004 vorankommen. Aber auch hier geht es um vernünftige Kompromisse, die die Zustimmung aller zum Erweiterungsprozess nicht gefährden dürfen.

3. Im Kontext der enormen Veränderungen, die der anstehende Erweiterungsprozess für heutige und künftige Mitgliedsstaaten mit sich bringt, braucht es neue Anstrengungen, um die europäische Idee in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger zu verankern.

Entschiedenenes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure ist erforderlich, damit das Jahrhundertprojekt der Einigung Europas nicht zum Gegenstand diffuser Ängste in der Bevölkerung oder zum Spielball von Populisten in Wahlkämpfen wird. Dazu ist die intensive Verbreitung von Sachinformationen über den Erweiterungsprozess ebenso notwendig wie eine kluge europäische Politik. Die Staats- und Regierungschefs haben in der Erklärung von Nizza „Zur Zukunft der Europäischen Union“ anerkannt, „...dass die demokratische Legitimation und Transparenz der Union und ihrer Organe verbessert und beobachtet werden muss, um diese den Bürgern der Mitgliedstaaten näher zu bringen.“ Die Landesregierung entwickelt umfangreiche Informationsaktivitäten, damit sich jeder Bürger über europäische Politik informieren kann und seine Meinung auf Sachinformation statt auf Ängste gründet. Wir sind an einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission auch in diesem Bereich interessiert und praktizieren dies seit Jahren beispielsweise im Rahmen der gemeinsamen Europa-woche Anfang Mai. Dennoch reichen die bisherigen Aktivitäten nicht aus. Durch vertiefte interregionale Kontakte, Partnerschaften und Netzbildungen vor Ort muss die länderübergreifende Zusammenarbeit zu einer Selbstverständlichkeit werden. Erst dann haben wir die Europäische Union tatsächlich erweitert.

ERKENNTNISSE AUS DER PODIUMSDISKUSSION

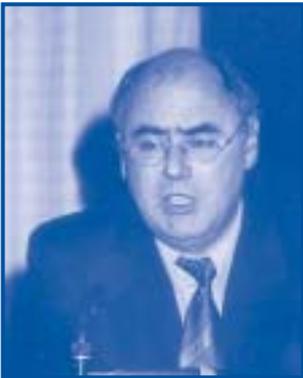
Durch die Diskussion führten Günter Verheugen, Dr. Reinhard Höppner, Dr. Gunthard Bratzke, Christoph Mühlhaus und Norbert Wenner.

Diskutiert wurde die Frage, ob Großunternehmen und KMU unterschiedliche Bedürfnisse bei der Erschließung neuer Märkte haben.

In der Diskussion trat hervor, dass im Unternehmensbereich großer Unterstützungsbedarf besteht, die Bedürfnisse jedoch sehr unterschiedlich sind.

Bei den Ansatzpunkten für Fördermaßnahmen im Bereich der KMU wurden insbesondere Beratungsleistungen aber auch Qualifizierungsmaßnahmen – beispielsweise im Bereich Management, Umweltschutz, Sicherheit und Sprache – benannt.

Einig waren sich die Diskutanten jedoch, dass die Unterstützung kein Ersatz für die eigenen Aktivitäten der Unternehmen sind. Vielmehr sei die Eigeninitiative der Unternehmen weiter zu fördern.



Dr. Gunthard Bratzke

Zitat Prof. Dr. Froberg:

„Der Wettbewerb zwischen den Beitrittsländern und den Mitgliedsstaaten der EU wird sich sicherlich intensivieren. Aber ich sehe das nicht als etwas Negatives, sondern als etwas Positives an. Wettbewerb fordert uns heraus. Wettbewerb stellt uns immer wieder vor neue Anforderungen, sich im Markt zu behaupten. Und wenn ich in diesem Zusammenhang auf eine Studie verweisen darf, die sich wirklich mit tausend von Jahren Entwicklung von Ländern und Nationen befasst hat, so hat die Studie gezeigt, dass die Länder, die innerhalb ihrer Grenzen starken Wettbewerb zugelassen haben, diejenigen waren, die auch nach außen hin stark wirkten.“



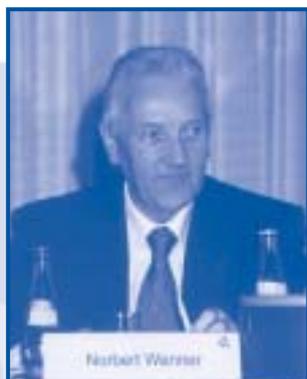
Eine auch in den Workshops wichtige Frage war die, wann mit Aktivitäten zu beginnen ist und welche Partner die besten sind.

Es wurde hervorgehoben, dass die Osterweiterung zwar ein strategischer Prozess für das Land und seine Wirtschaft ist, dass sie in vielen Bereichen jedoch bereits Realität geworden ist. Unternehmen haben bereits ein Standbein in osteuropäischen Märkten oder pflegen Kooperationen mit heimischen und ausländischen Unternehmen. Wichtig ist es deshalb, auf bestehende Entwicklungen aufzuspringen und gemeinsam mit den Akteuren weitere Schritte zu planen. Dabei geht es weniger um regional- oder bundeslandspezifische Aktivitäten, vielmehr gibt es Themen und ganze Produktionsfelder, die einheitlich gesehen und behandelt werden müssen. Es gilt, die eigenen Potenziale der Unternehmen und der Region weiterzuentwickeln. Ein wichtiges Beispiel für Sachsen-Anhalt und die umliegenden Regionen in Deutschland und Polen ist beispielsweise der Chemiedialog. Hier gilt es, Strukturen zu stärken.

Bei solchen komplexen Aktivitäten spielt es dann auch keine Rolle mehr, aus welcher Region ein Partner kommt.

Zitat Norbert Wenner:

„(...) Wir haben eine Denkkategorie, die viel zu sehr aus einem westlichen Wirtschaftsblock und einem osteuropäischen Wirtschaftsblock geprägt ist. Wir alle vergessen, dass es eine Schnittfläche gibt. Und diese Schnittfläche ist Mitteleuropa. Mitteleuropa hat also hier eine Ausrichtung, die im Wesentlichen, die im Kernbereich, die Länder Polen, Tschechien und Ostdeutschland umfasst. Und wenn man nochmals eine Gliederung zwischen dem östlichen und dem südlichen Teil der Beitrittsländer vornimmt, dann haben wir in Sachsen-Anhalt und in Sachsen, im 3-Länder-Eck zu Polen, Tschechien und Mitteldeutschland, erhebliche Wachstumschancen. Diese Wachstumschancen müssen wir offen sehen. Sie erschließen sich durch die EU-Erweiterung (...).“



Netzwerke als strategischer Faktor bei der Erschließung neuer Märkte.

Ein wichtiger Faktor bei der Erschließung neuer Märkte ist die Bildung von Netzwerken. Hier ist der Austausch zwischen kleinen und großen Unternehmen im Netzwerk besonders fruchtbar. Der Austausch an Erfahrungen und Kapazitäten der Akteure im Netzwerk stärkt das einzelne Unternehmen. Zu verschiedenen Themen bestehen bereits Netzwerke im Land. Diese sollten jedoch inhaltlich und geografisch weiter ausgebaut werden. Für bisher noch nicht abgedeckte Bereiche der Region (z. B. im Bereich der Forschung und Entwicklung) bieten sich weitere Netzwerke an.

Zitat Christoph Mühlhaus:

„(Es) stellt sich, wenn wir nach Osten schauen, auch die Frage der Kooperationen. Auch hier müssen wir feststellen, dass es natürlich Geschäftskontakte gibt. Dass es aber in vielen Feldern besser ist, bei Fragen der Infrastruktur oder der Kooperationen, in Netzwerken und gemeinsam mit der Politik anzutreten. Und das ist auch gelungen.“



Die Rolle der Politik als Partner in dieser Entwicklung.

Die Politik ist Partner der Wirtschaft. Sie begleitet, soweit möglich, die Aktivitäten der Unternehmen von der politischen Seite. Ihre Rolle besteht nicht im Absichern aller Unternehmensrisiken, sondern im Unterstützen der bereits auf Unternehmensebene und im kommunalen Bereich getroffenen Entscheidungen.

Dabei gilt es auch, so wenig wie möglich in bestehende Aktivitäten und Prozesse einzugreifen. Die Gestaltung der Aktivitäten kommt letztlich von den Akteuren selbst.

Soweit die Unterstützung der Politik (Land und Europäische Kommission) in der Vergabe von Fördermitteln besteht, sollten diese Instrumente möglichst transparent sein sowie leichte und effiziente Verfahren vorweisen. Dies erleichtert nicht nur den Mittelgebern die Arbeit, sondern macht auch den Zuwendungsempfängern den Zugang zu den Fördermitteln einfacher.



Die Konferenzteilnehmer verfolgten interessiert die Podiumsdiskussion.

IMPRESSIONEN



Welche Chancen und Risiken sich für Sachsen-Anhalt aus der Osterweiterung der EU ergeben und welche Strategien daraus abzuleiten sind – dieser Frage gingen die Teilnehmer der Konferenz am 27. November nach.

Im Rahmen eines Einstiegsplenums wurden zunächst mikro- und makroökonomische Aspekte der Osterweiterung von Experten andiskutiert.

Danach hatten alle Teilnehmer während der drei Workshops die Möglichkeit, sich im kleineren Kreis über die für ihren Bereich relevanten Fragestellungen auszutauschen.





Die von den Arbeitsgruppen gewonnenen Erkenntnisse wurden unmittelbar im Anschluss an die Workshops zusammengestellt und Thesen daraus abgeleitet.

Während der Podiumsveranstaltung am Nachmittag wurden diese Thesen vor- und zur Diskussion gestellt.

Neben zahlreichen prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft des Landes Sachsen-Anhalt stand den Konferenzteilnehmern auch Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission, zum persönlichen Erfahrungsaustausch zur Verfügung.



Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Sachsen-Anhalt

Fotos:
Eva-Maria Kulke

Layout:
signum | halle (saale)

Druck:
druckhaus köthen GmbH

Diese Veranstaltung wurde durch die
Europäische Kommission kofinanziert.

Stand: Mai 2002



VERANSTALTER:

Ministerium für Wirtschaft und Technologie
des Landes Sachsen-Anhalt



DIESE VERANSTALTUNG WURDE DURCH
DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION KOFINANZIERT.